

Kretschmer hört IPO-Gegnern zu

■ Dresden/Heidenau

Der Ministerpräsident trifft sich mit vier frustrierten Bürgern im Landtag. Zu den IPO-Plänen hat er eine klare Meinung.

Die Planungen für den Industriepark Oberelbe am Pirnaer Autobahnzubringer sofort stoppen, alternative innerstädtische Flächen für Gewerbeansiedlungen prüfen – diese Forderungen haben am Mittwoch vier Bürger aus Pirna, Heidenau und Dohna an Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) gestellt. Darunter waren auch Initiatoren der Heidenauer und Pirnaer Bürgerbegehren gegen den IPO.

Die Sprecherin der Gruppe, Anna Reimann, Grundstückseigentümerin aus Pirna, beklagte: „Die Bürger fühlen sich durch fehlende Mitsprachemöglichkeiten eingeschränkt.“ Beim Treffen mit dem Ministerpräsidenten trug sie die bekannten Kritikpunkte wie Verlust von Landwirtschaftsflächen und eines Landschaftsschutzgebietes, Beeinträchtigung von Kaltluftentstehung, mögliche Probleme mit der Wasserhaltung und finanzielle Risiken vor.

Ministerpräsident Kretschmer sagte, er habe einen positiven Zugang zum IPO. „Ich schätze es so ein, dass es die Berechtigung für ein so großes Industriegebiet gibt.“ Oft höre er davon, dass die Menschen mit der heutigen Situation in Sachsen zufrieden seien. Er wolle aber nicht in einem schrumpfenden Land leben, sondern in einem, das wächst. Er bat die besorgten Bürger, auch auf Gesetze und Regeln zu vertrauen. Es müssen alle kritischen Punkte rund um Umweltschutz, Wasserhaltung usw. geklärt werden, bevor das Gewerbegebiet baurechtlich genehmigt wird. Kretschmer appellierte zudem an die Gäste, mit dem Zweckverband Oberelbe das Gespräch zu suchen. Dieser ist Herr des Verfahrens, nicht der Freistaat. (SZ/dsz)

Wolfgang Lill aus Pirna sandte folgende Gedanken zur Diskussion um den geplanten Industriepark Oberelbe (IPO):

Es gibt genügend erschlossene Gewerbeflächen

Die SZ schreibt, dass die Getreidemenge nicht ausreicht, um alle Menschen ganzjährig zu versorgen. Und die Bürgermeister, Architekten und sonstige Große erklären voller Stolz, dass wir demnächst den „Industriepark Oberelbe“ aus dem Boden stampfen. Es gibt in der Region genügend erschlossene Gewerbeflächen. Es ist vorrangig die Pflicht unserer Politiker, diese Gewerbegebiete stadt- und dorfübergreifend zu erfassen und entsprechende Konzeptionen für die sinnvolle Nutzung zu erstellen. Stattdessen wollen sie viele Millionen Steuergelder in ein neues Gewerbegebiet auf fruchtbarem Ackerboden stecken. Ich glaube, vernünftig betrachtet würden die Bürgermeister von Heidenau, Pirna und Dohna mehr zu Ehren gelangen, wenn sie das Gewerbegebiet Großsedlitz verhindern. Wenn das Projekt IPO schief geht, ist die landwirtschaftliche Nutzfläche weg und die Steuergelder sind verschossen.

Hans-Heinrich Albrecht aus Heidenau schreibt ebenfalls zum Thema IPO:

IPO - gegen die Leere in der Landschaft

Wir waren am Sonntag im Barockgarten Großsedlitz. Sonne. Frühling. Herrlich! Ein Ort wohlthuender Ruhe und Schönheit. Wärmste Empfehlung! Aber wenn man entlang einer der Sichtachsen Richtung Süden schaut: Leere. Landschaft. Könnte man die Umgebung des Gartens nicht ein wenig nützlicher gestalten, beleben, aufhübschen? Zum Beispiel mit einem Industriepark? Leute, seid wachsam!

IPO-Gegner Wild, Döring, Reimann und Borchers bei Ministerpräsident Kretschmer (v.l.): Es wurde eine Stunde diskutiert, man kam sich aber nicht näher.

Foto: Daniel Förster

Was taugen städtische Brachen statt des Industrieparks?

**■ Pirna
IPO-Gegner machen dem
Ministerpräsidenten einen
Vorschlag. Die Idee ist nicht neu,
hat aber einige Haken.**

VON DOMOKOS SZABÓ

Eine Stunde lang hörte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer am Mittwoch vier IPO-Gegnern aus Pirna, Heidenau und Dohna zu. Man diskutierte miteinander, tauschte Standpunkte aus – nur näher ist man sich nicht gekommen.

Der Ministerpräsident sagte bei dem Treffen im Landtag in Dresden, dass er für den geplanten Industriepark Oberelbe am Pirnaer Autobahnzubringer durchaus eine Berechtigung sieht, dass er für Wirtschaftswachstum und höhere Einkommen ist, dass er es toll findet, dass Dresden zusammen mit den Gemeinden aus dem Umland nach Lösungen sucht. Und ja, auch Arbeitnehmer aus Polen, Tschechien oder aus der Ukraine seien willkommen, wenn es denn nicht genug Interessenten für die anvisierten 3000 Jobs im IPO geben sollte, so der CDU-Politiker. Ihm gegenüber saßen vier IPO-Gegner, unter ihnen auch die Initiatoren von Bürgerbegehren aus Heidenau und

Dohna, nicht aber aus Pirna, wie am Donnerstag fälschlicherweise geschrieben. Sie forderten, mit Blick auf mögliche negative Auswirkungen des IPO lieber innerstädtische Brachen für Firmenansiedlungen zu nutzen. Die Aktivistin Anne Reimann überreichte sogar eine Liste mit 22 Flächen an den Ministerpräsidenten. Darunter etwa die Brache der Heidenauer Zellstoffwerke, Grundstücke in Pirna-Copitz, aber auch ein größeres Areal auf der Grünen Wiese in Dohna. Die Flächen sind in der Regel nur zwei bis vier Hektar groß, aber in der Summe würden sie an den IPO heranreichen.

Eine Idee, die bereits einmal diskutiert wurde. So listete allein die Stadt Heidenau potenzielle 19 Areale (33 Hektar) auf. Doch aus Sicht des IPO-Zweckverbandes gibt es keine „vergleichbaren Flächen, die für eine Ansiedlung geeignet wären wie sie im Technologiepark IPO vorgesehen ist“, sagt IPO-Sprecher Thomas Gockel.

Er spricht von zahlreichen Reibungspunkten und Risiken. So würden mehr Unternehmen erheblich mehr Verkehr wie etwa Lkw-Transporte in die Innenstädte ziehen – mit Lärm, Abgasen und anderen Auswirkungen. Auch sei in den Innenstädten eher eine Mischung aus Wohnhäusern, Einkaufsmöglichkeiten, öffentlichen Einrichtungen oder Dienstleistungen gewünscht – und kein größerer Produktions-

standort. Der IPO dagegen würde die Chance bieten, ein größeres Unternehmen in die Region zu locken, das eine Fläche von 60, 70 oder mehr Hektar braucht. Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass Porsche zusammen mit einem Partner außerhalb Sachsens in Halle/Saale ein Presswerk baut. Dort konnte sich der Sportwagenhersteller neben 13 Hektar Baufläche weitere 31 Hektar sichern. Für Kretschmer ein Beleg für die Sinnhaftigkeit der IPO-Pläne.

Der Wahlkreisabgeordnete Oliver Wehner (CDU) lobte nach dem Gespräch die sachliche Diskussion. Im Gegensatz zu den besorgten Bürgern habe er kein Problem damit, wenn der IPO zum Wahlkampfthema wird. „Das ist eine politische Entscheidung, aber politische Entscheidungen müssen nicht schlecht sein.“ Ein Problem habe er nur mit Initiativen, die angeblich „weder für noch gegen den IPO“ seien, am Ende aber nur sich selbst produzierten.

Unterdessen hat sich einer der führenden Köpfe der Bürgerinitiative Oberelbe, der Stadtratskandidat der Blaue-Wende-Wählervereinigung „Pirna kann mehr“, André Liebscher, halbwegs zur Gegnerschaft des IPO bekannt. „Für mich persönlich überwiegen nach aktuellem Informationsstand die Argumente der IPO-Gegner gegenüber den Argumenten der Planer und Befürworter“, schrieb er an die SZ.